

Wirtschaftsminister Wirth: Die Regierung wird die Anklage der Abstimmung prüfen.
Abg. Sepp-Leydig (U. S.) erklärt, daß seine Partei den Staat ablehnen werde.
Der Staat wird ohne weitere Aussprache in dritter Sitzung angenommen gegen die Stimmen der Rechtes und der Unabhängigen.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr: Besoldungsgesetz u. a.
Schluß 7½ Uhr.

Die Bedingungen des neuen sächsischen Ministerpräsidenten

In einer nichtöffentlichen Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes am Montag in Weimar legte der für den Ministerpräsidentenposten ausserehemalige Stadtbaudirektor auch seine Bedingungen dar. Er fügte etwa aus: Das Erleben, die Stelle des Genossen Grädauer nach seinem Rücktritt zu übernehmen, ist unerwartet an mich gekommen. Ich habe bei der Ratsversammlung mit den Genossen Hirsch und Wirth auf alle Bedenken aufmerksam gemacht, die Schwierigkeiten gefordert, die sich bei der Arbeit in der Regierung ansauegeln eintreffen. Ich habe bei dieser Besprechung daran erinnert, daß die Schwierigkeiten zum größten Teil von den Parteigenossen selbst mit verursacht worden sind. Die Genossen haben nicht versucht, bei unseren Genossen im Lande das Mitregieren auf das geringste Maß zurückzustellen. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß mancherlei Körperschaften mitregieren wollen, die darüber ungeahnt waren, daß ihre Wünsche nicht erfüllt wurden. Derjenige Parteigenosse, der an leitender Stelle steht und unausgesetzt Zugang macht, hat nicht seine eigentliche Pflicht erfüllt. Er muß den Mut haben, daß er zu den Anregungen, die er nicht unterstützen kann, seine Meinung sagt und er muß sagen, daß er sie nicht durchführen werde. Wenn die Parteigenossen es verlangen, dann werde ich das Amt übernehmen. Ich möchte aber nochmals darauf aufmerksam machen, daß ich als Mitregierer des Ministrationsausschusses und der Arbeitsräte nicht anerkenne.

Wir haben die Erste Kammer unter der früheren Regierung lange genug bekämpft und brauchen uns nicht eine neue Erste Kammer in veränderter Form zu schaffen, ganz gleich, wer der Nachfolger des Genossen Grädauer, der seine Pflicht in vollstem Maße getan hat, sein wird. Ich rufe an die Parteigenossen die dringende Bitte, ihn nicht mit Beleidigungen, Deputationen, Interpellationen zu überschütten. Die Arbeit ist geradezu unheimlich und die Parteigenossen im Lande habe keine Ahnung davon, daß die Kraft eines Einzelnen vollständig gerüstet wird, wenn ihm nicht die Zeit zu seiner eigentlichen Aufgabe gelassen wird. Das Quantum Arbeitsleistung wie in meiner früheren Ministeritätigkeit habe ich heute nicht mehr aufzubringen. Es besteht die Gefahr, daß der Vorwurf der Nachlässigkeit innerhalb der Parteigenossen erhoben wird. Ich möchte Sie von vorherein darauf aufmerksam machen, und bitte Sie, das vor Ihrer Entscheidung ernstlich zu erwägen.

Die Versammlung erklärte sich mit den Darlegungen des Ratsbaudirektors Bück einverstanden.

Eine amtliche Mitteilung über das Ergebnis von San Remo

San Remo, 26. 4. In einer amtlichen Havas-Meldung über die Ereignisse der Verhandlungen der Konferenz und über die Unterredung zwischen Lloyd George und Millerand am Sonntag vormittag heißt es:

Die Unterredung drehte sich in der Hauptsache um folgendes: Die Konferenz von San Remo wird auf die beiden ungemein wichtigen deutschen Noten über eine Ermächtigung zur Unterhaltung deutscher Truppen in der neutralen Zone und über die Vermehrung des deutschen Heeres auf 200 000 Mann antworten. Über bevor der Rat sich über die Frage einer Heeresvermehrung schlägt, wird er von der deutschen Regierung einen Beweis ihres guten Willens verlangen, daß sie bestrebt ist, die militärischen Bedingungen des Vertrages bezüglich der Herabsetzung der Heeresstärke und der Waffenlieferung auszuführen. Wenn durch eine gründliche Untersuchung die Notwendigkeit einer Heeresvermehrung durchaus erwiesen wird, werden die Alliierten darüber entscheiden, auf welche Weise der deutsche Forderung stattzugeben ist. Über die von Deutschland zu verlangende Wiedergutmachung wird in San Remo keine Rücksicht gesetzt werden.

Deutschland soll 90 Milliarden zahlen.

Havas, 26. 4. Der englische Premierminister hat Millerand gegenüber ganz offen den in den englischen Offiziellheit verbreiteten Verdacht erwähnt, daß Frankreich bei seinen radikalen Maßnahmen gegen Deutschland von annexionistischen Absichten geleitet sei.

Art läßt nicht von Art.

Roman von S. Hill

(Nachdruck verboten.)

Aber die Antwort des jungen Mädchens klang seltsam ausweichend.

„Die Art meines Stiefbruders hat immer etwas Anstrengendes und Beliebigendes,“ sagte sie. „Ich hatte nicht den Eindruck, daß es gestern in höherem Maße der Fall gewesen sei als sonst.“

Der Freiherr hatte sie sehr scharf angesehen, während sie sprach. Aber als ihre Augen seinem forschenden Blick begegneten, wandte er sich ab und trat an das Fenster. Er schaute in die Landschaft hinaus, die sich in bezaubernder Lieblichkeit zu seinen Füßen ausbreite, aber seine Gedanken weilten bei ganz anderen Dingen, als bei den Schönheiten der sommerlichen Natur.

„Kann mir einer von Ihnen sagen, ob während der letzten Tage eine Begegnung zwischen dem Grafen und dem Doctor Odemar stattgefunden hat?“ fragte er nach einer Weile. „Hier im Gasthof ist niemand von da drüben gewesen, seitdem ich aus dem Schlosse ausgewiesen wurde. Dafür kann ich mich verbürgen.“

Der Senator und Edith antworteten wie aus einem Munde, daß auch ihnen nichts von einem solchen Zusammentreffen bekannt sei.

„Dann,“ erklärte der Freiherr, indem er seinen Blick noch einmal auf dem Antlitz der Komtesse richten ließ, „dann habe ich wieder eine Erklärung für das gestrige Verhalten des Grafen noch für die plötzliche Abreise des Doctor Odemar. Aber ich hoffe, daß es mir noch gelingen wird, meine Wissbegierde hinsichtlich dieser beiden Punkte zu befriedigen. Und nun seien Sie mir, bitte, nicht böse, meine verehrten Herrschaften, wenn ich mich des

Millerand hat darauf категорisch erklärt, daß Frankreich an Amerika gar nicht denkt. Es will weder Frankfurt noch das Ruhrgebiet, noch das Moselrheinische Gebiet Deutschlands annehmen. Millerand schlägt vor, daß diese Sicherungen ausdrücklich in die Note der Alliierten an Deutschland aufgenommen werden. Deutschland wird aufgefordert werden, seine Entwicklung zu beschleunigen und seine Truppen so schnell wie möglich aus dem Ruhrrevier zurückzuziehen. Wenn es sich widerlegt, werden wirksame Sicherungsmaßnahmen getroffen werden. Es wird also weder von der Beziehung deutscher Gebiete noch von der Blodade gesprochen.

Nach dem „Temps“ meldet der Korrespondent der „Daily Mail“ in San Remo, man versichert, daß die Mindestsumme, die vorgeschlagen ist, welche Deutschland abzuzahlen hat, 90 Milliarden Mark betragen soll, und zwar zahlbar in 30 Jahrstraten zu 3 Milliarden Mark.

Frankreich beansprucht die deutsche Vermögensabgabe.

Ges. 26. 4. Der „Temps“ meldet: Zur Deckung der von Deutschland alljährlich nach Millerands Vorschlag zu zahlenden 3 Milliarden Franken wird mitgeteilt, daß Frankreich in jedem Falle auf die deutsche Vermögensabgabe zu greift, die nach Erzbergers Vorschlag allein 30 Milliarden Mark erfordern sollte.

Die Reichswehrverstärkung abgelehnt.

Havas, 25. 4. Nach dem „Petit Journal“ soll das deutsche Verlangen, die Armee auf 200 000 Mann festzusetzen, abgelehnt werden. „Matin“ sagt, die Stärke des deutschen Heeres bleibe 100 000 Mann, aber die Polizeiträume könnten vermehrt werden. Höchstens soll eine Reichswehr von 150 000 Mann bewilligt werden.

Die deutsche Antwort auf die Entente-Borwürfe

Auf die Borwürfe, die Deutschland wegen mangels Erfüllung des Friedensvertrags in der letzten Note der Entente gemacht wurden, wird von unterrichteter Seite hervorgehoben, daß am 15. Februar die Reichswehr 252 000 Mann befehligen habe. Seitdem ist ihre Stärke gesunken auf etwa 200 000 Mann mit Einschluß der Freiwilligen-Korps, hat also damit die Höhe erreicht, die wir nach dem Friedensvertrag erst am 15. Mai zu erreichen brauchten. Die Entente hat daher nicht das geringste Recht, uns in unserer Haltung der Reichswehr den Vorwurf einer Verletzung des Friedensvertrages zu machen.

Ebenso wenig ist es berechtigt, uns vorzuwerfen, daß wir die Kosten für die Belebung im Rheinland nicht begahlt hätten. Dafür sind von uns bisher 3 Milliarden ausgegeben worden. Wenn endlich Frankreich uns aus den Rothenlieferungen einen Streik drohen will, so darf demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß diese Lieferungen an sich erst am 1. Mai beginnen sollen und daß außerdem die ständigen Gegenlieferungen aus Luxemburg, von denen die deutschen Kostenlieferungen abhängig sind, bisher überhaupt noch nicht eingegangen.

San Remo

Nachstehende Schilderung des in den letzten Tagen viel genannten San Remo dürfte dem Interesse unserer Leser begegnen.

An einer kleinen Bucht des Ligurischen Meeres zwischen den Ausläufen der Alpen und dem See und den Abhängen der Berge liegt die Stadt San Remo, aus der schon einmal bittre Runde für Deutschland kam, als der zweite Kaiser Kaiser des Reiches auch im milden Klima dieses Landes keine Genehmigung fand. Das Städtchen hat etwa 20 000 Einwohner, die meist vom Fremdenverkehr leben. Die Altstadt bietet das Bild eines merkwürdigen Durcheinanders von engen, abtrünnigen reizlichen Gassen, Stiegen, Bogen, hohen finsternen Häusern und verfallenen Mauerwerken. Die die Häuser verbindenden Bogen sollen gegen Erdbeben halt geben. Die Häuser sind mit oft ordinären Rebstöcken bewachsen, die ihre Zweige über die ganze Fassade ausbreiten. Das Schwemmland unterhalb der Stadtburg nimmt die Neustadt ein, die sich mit den öffentlichen Gebäuden und den größeren Löden um die Hauptstraße Via Vittorio Emanuele grapiert. Sie mündet in den berühmten Porto dell' Imperatrice an der Westküste, eine prächtige, mit hohen Palmen und Pfeiferbäumen bewachsene Promenade, die sich dicht am Meer hängt. In der Ostbucht liegt die Villa Ville neuve, in der vom November 1887 bis März 1888 der Kronprinz Friedrich wohnte. Eine reiche Umgebung lädt zu den schönen Spaziergängen und Fahrten ein. Die Hügelabhängen sind mit Oliven, die Höhen mit Pinien und anderen Nadelholzarten bestanden.

Nachklänge zum Kapp-Putsch

Wolfs Sächsischer Landesdienst verbreitet Nachrichten: In der Presse ist die Ansicht vertreten worden, daß Angehörige der Reichswehr bestraft worden seien oder bestraft

Bergüngens ihrer Gesellschaft beraubt müßten. Aber es ist dringend notwendig, daß ich den um zwölf Uhr und fünfzehn Minuten abgehenden Zug noch erreiche.“

Die beiden Besucher schließen sich natürlich sofort zum Aufbruch an, und der Regierungsassessor geleitete sie höflich zur Tür.

„Nebenrings,“ sagte der Senator im Hinausgehen, interessiert es Sie vielleicht, zu erfahren, daß unser edler Verwandter heute mit dem ersten Zuge in die Stadt gefahren ist.“

„Danach für die freundliche Mitteilung,“ erwiderte der Freiherr mit einem kleinen Lächeln, „aber es war mir bereits bekannt, und es hat mich durchaus nicht überrascht, denn es war ja vorauszusehen, daß der junge Millionär sehr bald das Bedürfnis fühlen würde, seine Schwingen zu regen.“

Edith wußte nur zu gut, daß sich hinter der Reise ihres Stiefbruders eine bedeutsame Absicht verbarg, als nur das Verlangen nach Berstreuung, und sie hielt sich überzeugt, daß Kurt von Redenburg derselben Absicht sei.

Aber sie sagte nichts und folgte ihrem Großvater, der es seinerseits ebenfalls für überflüssig gehalten hatte, auf die letzte Bemerkung des Regierungsassessors etwas zu antworten. Ihm war es sehr angenehm gewesen, aus dieser Bemerkung zu ersehen, daß der Freiherr die Vorfälle im Schlosse mit Ausmerksamkeit verfolgte; denn er begte noch immer sehr großes Vertrauen zu dem Schössinn des jungen Mannes und erwartete von seinen Bemerkungen viel zuverlässlicher als von denen der Polizei eine Auflösung des düsteren Geheimnisses, das die Ermordung des Grafen Bredow-Donnersberg noch immer umgab.

Doch der Freiherr indessen keineswegs allwissend war, ergab sich schon zwei Minuten später, als er aus dem Fenster gelehnt, den eben aus dem Hause Tretenden sah:

werden könnten, weil sie den Bescheinigen ihrer Vorgesetzten die Gefolgschaft versagt haben in der Annahme, daß diese die Unterstellung des Kapp-Putschers bezeugten. Diese Annahme ist ungutrechend und kann nicht umverteidigt bleiben. Die Rechtsfrage ist vielmehr folgende: Soweit die Bescheide tatsächlich die Durchführung des Verbrechens des Hochverrates beweist, wird schon mit Rücksicht auf § 47 des Militärstrafgesetzbuches eine Strafbarkeit wegen Geworbsverweigerung oder Meuterei ausgeschlossen sein. Aber auch insoweit, als der Untergebene nur in der irrligen Annahme gehandelt hat, er solle zur Gefolgschaft für die Hochverrat verurteilt werden, kommt in Frage, ob nicht aus subjektiven Gründen die Strafbarkeit entfällt. Wie wir zuverlässig erfahren wird diese Ansicht sowohl im Reichsjustizministerium vertreten.

Berlin, 24. 4. Amtlich wird mitgeteilt: Beim preußischen Minister des Innern finden jetzt Besprechungen für die einzelnen Provinzen statt, die der Erörterung der Frage dienen, ob und inwieweit Personalveränderungen erforderlich sind, um in einzelnen Verwaltungsbezirken das bisherige Verhältnisverhältnis zwischen Behörden und den verfassungstreuen Schichten der Bevölkerung wiederherzustellen. Das Resultat einer solchen Sitzung für Pommern ist bereits bekanntgegeben worden. Eine Besprechung am gestrigen Tage befaßt sich mit Schlesien. Es ist beschlossen worden, folgende Landräte zu berufen: a. Rother (Liegnitz), v. Schröder (Löwenberg), v. Schudmann (Steinau), v. Ravenstein (Guthrau), Rojan (Oels), Graf Limburg-Stein (Neumarkt), Sayur (Namslau).

Gescheiterter Verhaftungsversuch

Hannover, 26. 4. Im Münsterlager ist heute vormittag eine Kommission des Reichswehrministers eingetroffen, um einen Hofbefehl gegen den Kapitän Thordt zu vollstrecken. Die Kommission mußte unverrichteter Dinge umkehren, da die Marinebrigade ihr den Zugang zum Lager verwehrte. Die Zugänge zum Münsterlager sind von der Marinebrigade mit Maschinengewehren und Geschützen abgesperrt.

Schiffer über seine Verhandlungen mit Kapp

Reichsminister a. D. Schiffer berichtet hier in einer am Sonntag in Magdeburg gehaltenen öffentlichen Rede anschließlich mit dem Kapp-Putsch. Er erinnerte daran, daß die Regierung aus Sein' gegangen sei, um blutige Zusammenstöße zwischen den Truppen zu vermeiden, und kam dann auf die von ihm mit Kapp geschlossenen Verhandlungen zu sprechen. Wäre die Regierung in Berlin geblieben, so wäre sie sofort eingesperrt worden. Dann hätten Kapp und Genossen gelöst, es in keine Regierung zu, die wir bilden eine neue. Das mußte verhindert werden. Gerade durch das Fortgehen der Regierung wurde Kapp der schwere Schlag versetzt. Die Marinebrigade hatte Berlin in Händen. Auch aus Mitteldeutschland, dem Osten und Norden des Reiches kamen Nachrichten, daß große Trakte auf Seiten Kappas stehen. Nur der Süden bleibt geschlossen zu der alten Regierung. Zusammenbrüchen müßte die Kappregierung schon deshalb, weil man auf Bajonetten nicht fügen, noch regieren kann. Schnell und unblutig mußte die Entscheidung fallen, schon um den Generalstabs zu beenden und Berlin vor einer Hungersnot zu bewahren. Unsäßliche haben mich angefleht, dem Spuk auf unblutiger Basis ein Ende zu bereiten. Ich habe verhandelt, um Blutvergießen zu vermeiden. Ich habe die Unterstaatssekretäre darin befürchtet, daß sie den Kappappellierung das Unmöglichste vorstellen, weiterbleiben zu können. Was in Berlin verhandelt wurde, war keine Konvention, sondern es wurde verhandelt, um den Gegner davon zu überzeugen, daß sein weiteres Bestehen zweiflos sei. Major Park kam zu mir, später auch Oberst Bauer. Ich habe sie auf das Zwielicht, auf das Geheimnis ihrer Handlungswweise hingewiesen. Ich habe es abgelehnt, auf die bekannten Nebenlinien einzugehen, und verlangte bedingungslose Kapitulation. Als Kapp abgedankt hatte, General Bülow aber noch blieb, erklärte ich, daß ich nichts mehr tun und daß ich es ablehne, dem Gegner zu gefallen, auf falscher Grundlage sich berufen zu dürfen. Dann kam die Kapitulation, der bedingungslose Rücktritt.

Die nationalistische Bewegung in der Türkei

Basel, 27. 4. Nach einer Meldung der Freiheitshilfe aus Konstantinopel macht die nationalistische Bewegung dort große Fortschritte. Die Regierungstruppen haben vielfach gemeutelt; viele Offiziere und Soldaten sind desertiert. Sie organisieren eine eigene Nationalgarde, deren Ziel der Sturz der gegenwärtigen Regierung und die Verteidigung des türkischen Bodens gegen fremde Eroberungsversuche ist. Das „Gaz de Paris“ meldet: Die französische Streitmacht in Syrien hat infolge des Vormarsches Kurier türkischer Streitkräfte unter dem Befehl von Muhammed Kemal den allgemeinen Rückzug angeordnet. Die türkischen Streitkräfte halten die Verbindung mit armenischen Truppen noch aufrecht. Die Verbündeten der Osmanen sind beträchtlich. Sie haben mehrere hundert Tote und Verwundete und erhebliches Kriegsmaterial eingeführt.

„Wissen Sie vielleicht, ob mein Vetter eine Adresse oder sonst eine Angabe hinterließ, wo er während seines Aufenthalts in der Hauptstadt zu finden sein würde?“

„Das kann ich leider nicht sagen,“ gab der Amerikaner zurück. „Der einzige, der darüber zuverlässige Auskunft geben könnte, ist wohl sein Kammerdiener Weigelt. Ihm wird er es sicherlich mitgeteilt haben.“

„Ohne Zweifel! Aber diesen Würdigen können wir bedauerlicherweise nicht darum befragen, da sein Gebieter ihn mit sich in die Stadt genommen hat.“

18. Kapitel.

Die Komtesse vermutete in dem, was sie vom ihrem Vetter Kurt von Redenburg gehört hatte, keinen Anlaß für eine Änderung ihrer Absichten zu erblicken, und sie war nach wie vor entschlossen, die mit ihrem Stiefbruder getroffene Verabredung innzuhalten. Ja, sie hütete sich in dieser Absicht eher noch bestärkt, seitdem sie die Gewissheit erhalten hatte, daß die Angaben des Grafen über Doctor Odemars Abreise auf Wahrheit beruhten, ohne daß man ihr doch zugleich eine bekräftigende Erklärung für die Beweggründe dieser fluchtartigen Abreise hätte geben können. Sie zitterte vor Ungebühr, den angeblichen Schuldbeweis fennen zu lernen, den ihr Stiefbruder in den Händen zu haben behauptete. Das felsenfeste Vertrauen in die Schuldhaftigkeit des Mannes, den sie als ihren Verlobten ansah, war noch nicht für einen einzigen Augenblick ins Wanzen geraten; wohl aber hielt sie sich überzeugt, daß geheimnisvolle und mächtige Kräfte an der Arbeit seien, ihn zu verderben, und sie hätte nicht ein lebendes Weib sein müssen, wenn sie nicht in ihrer Seelenangst alles aufgeboten hätte, was in ihrem Kräften stand, um die drohende Gefahr von dem geliebten Hause abzuwenden.

Ein neuer Putschversuch?

W. Berlin, 27. April. Wie von zufälliger Stelle mitgeteilt wird, ist es bekannt, daß bei hohen Betriebszonen gegen die Sicherheit des Staates im Gange sind. Die getroffenen Maßnahmen zur Bereitung dieser Betriebszonen sind vollständig ausreichend.

Die Spartakusputsch in Elberfeld.

Elberfeld, 26. April. Bewaffnete Banden tauchten heute plötzlich wieder in Elberfeld auf und suchten die Gewalt an sich zu reißen. Wie weit ihnen ihr Plan gelungen ist, kann zur Stunde noch nicht festgestellt werden. Der Bahnhof ist von den Spartakisten besetzt, während das Postamt am Spätnachmittag noch nicht in ihren Händen befand.

Bildung einer republikanischen Kerentruppe

Weiteren Berliner Blättern wird aus München gemeldet, daß Reichswehrminister Dr. Gehriger über die Bildung einer republikanischen Kerentruppe sich folgendermaßen geäußert hat: Es besteht die Absicht, in der Nähe von Berlin eine Brigade aufzustellen, welche bedingungslos bereit ist, den Befehl der Regierung zu befolgen, wenn die Verfassung in Gefahr ist. Geheimdienststelle wird im Heere nicht getrieben. Auch monarchisch-gesinnte Offiziere haben im Heere Platz, ebenso wie republikanisch gesinnte, wenn sie sich unter allen Umständen bereit erklären, für den Schutz der Verfassung einzutreten. Wer sich nicht zur Verfassung bekannten will, der muß den Mut haben, abzugehen. Nach dem "Volksanzeiger" sagte Reichswehrminister Dr. Gehriger in München weiter: Nach dem Urteil von Sachverständigen waren die Grundlagen der Organisation der kommunistischen Unruhen im Ruhrgebiet bereits vorhanden. Die Reichsregierung wußte, daß die Franzosen das Ruhrgebiet besetzen wollten um von dort aus die ganze mitteleuropäische Rohstoffversorgung zu regeln. Die bürgerlichen Minister hätten keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch sie das ganze deutsche Volk zur Abwehr des Rapp-Putsches zum Generalstreik aufgerufen haben würden. Gegen die Arbeiterschaft könne in Deutschland nicht regiert werden, doch müsse diese wissen, daß sie ohne die aufbauende Mithilfe des Bürgertums verloren sei.

Aus dem Parteileben

Die Ortsgruppe Frankenberg der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hielt am Dienstagabend im "Kaiseraal" eine öffentliche Versammlung ab, in welcher der von der Partei für den direkten Sieg ausgesetzte Reichstagskandidat Kuhn aus Wilhelmshaven mit einem Vortrag über das Thema "Die politische Lage und die U.S.P." sich seinen Wahlern vorstellte. Der Redner begann mit der Erklärung, daß in den ersten Wähltagen keine Prophezeiung dazu gehört habe, um zu erkennen, daß die erbärmliche, schwächliche und grundlose Haltung der Reichsregierung wie auch der Regierungen der einzelnen Freistaaten der Reaktion den Mut zu einem Putsch stärkt. Und heute müsse man wieder erleben, daß dieselbe Mann, dessen erbärmliches System uns in das Elend gebracht habe, in Wiesbaden (Roste auf dem Parteitag der sozialistischen Mehrheitssozialisten) die Sturz befehle, dieses elende System zu verteidigen. Die aus Anlaß des Rapp-Putsches gehäufte Einheitsfront aller Arbeiterparteien habe zu erkennen gegeben, welche Kraft in dem Proletariat ruhe, wenn es einigt sei. Die Putschgeschäfte seien noch keineswegs vorüber, die Stützen der Putsch - Teile der Reichswehr - sammelten sich in einzelnen Lagern, um dann loszuschlagen, wenn sie ihre Stunde für gekommen glauben. Gegenüber den mit verschwommenem Kriegsmaterial aller Art wohl ausgerüsteten Putschisten müsse die Arbeiterschaft jederzeit auf dem Posten sein. Verblüfft, meinte der Redner, sei es keine Angst, daß die Arbeiter- und Soldatenaufsicht noch nicht aufgelöst werden dürften, bis auch die letzte Gefahr beigelegt sei. In Chemnitz hätten leider die Mehrheitssozialisten die Bruderschaft gefälscht, indem sie persönlicher Kleingleiste wegen aus dem Aktionsausdruck ausgetreten seien und zwar zu einer Zeit, wo in Chemnitz das Bürgeramt sich selber im Bürgerrat organisierte. Gleich in den ersten Stunden der Einheitsfront habe es sich gezeigt, daß eine Arbeitsgemeinschaft ohne Einigung auf gemeinsame Grundlage von keiner langen Dauer sein könne. Das Ziel aller Arbeiterparteien sei gewiß das gleiche; während aber die Mehrheitssozialisten den Sozialismus auf dem Wege der Demokratie verwirklichen wollten, hätten sie die Unabhängigen auf den Boden der Diktatur des Proletariats, weil nur die Diktatur eine wahre Demokratie und Befreiung aller Klassengegensätze bringen könne. Der kommende Wahlkampf und der Ausfall der Wahlen seien alle von weltgeschichtlicher Bedeutung. Es müsse sich klar zeigen, ob die Arbeiterschaft ernstlich gewillt sei, den Kapitalismus zu besiegen und an keine Stelle die sozialistische Wirtschaftsform zu legen, die einzige und allein in der Lage sei, die Menschheit wirklich zu befreien. Der Rapp-Putsch habe in gelärmter Arbeiterschaft einen höbbaren Rück nach links zur Folge gehabt. Eingebettet fühlte der Vortragende nur die Verhandlungen über den Eintritt der Unabhängigen in die fälschliche Regierung und erläuterte in längeren Ausführungen die durch die Preise schon bekannten 8 Punkte, deren Erfüllung die U.S.P. von ihrem Eintritt in die Regierung abhängig mache. Im Prinzip seien die Unabhängigen bereit, an einer rein sozialistischen Regierung mitzuwirken, aber erst nach den Wahlen. Es sei eine Insomie, wenn von den Mehrheitssozialisten jetzt in Wiesbaden eine Entschließung angenommen wurde, in der es heißt, daß die U.S.P. nichts für das leidende Volk leisten wolle. Im letzten Teile seiner Ausführung bestätigte sie der Redner mit dem Wollen des Proletariats, die nur eine vorübergehende ist und alle Ungleichheiten aus der Welt beseitigen soll. Hand- und Steuerarbeiter, Arbeiter, Angehörige und Beamte müssen zusammenleben und gemeinsam den Kampf gegen das Kapital führen, um die Menschheit von diesem Joch zu befreien. Eine Ausprache fand nicht statt. Im Schlussoptwo rief der Redner nochmals die Politik der U.S.P. die sich als allein richtig erwiesen habe, bezeichnete die Demokraten als die modernen Vertreter des Großkapitals und warb für die U.S.P. und deren Preise. Nachdem der Verkündungsakt Günzel vor allem die Mehrheitssozialisten aufgerufen hatte, ihrer Partei den Rücken zu kehren und sich der U.S.P. anzuschließen, wurde die Versammlung gegen 11 Uhr geschlossen. R. Lgt.

Austritt aus der demokratischen Partei. Eine Reihe von führenden Politikern der demokratischen Parteiorganisation in Berlin steht im Begriff, ihre Übertritt in die Deutsche Volkspartei zu vollziehen. Der Grund ihres Austritts ist die Haltung der demokratischen Partei, die allein enttäuscht hat, vor allem die Tatsache, daß die demokratische Partei sich für den Generalstreik eingesetzt hat. Unter den Austrittenden befinden sich 10 Mitglieder der demokratischen Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Dr. Küls Reichstagskandidat für Ostholstein. Wie wir hören, hat die Deutschnationaldemokratische Partei den Oberbürgermeister Dr. Küls-Günzel als ersten auf die Wahlliste für Ostholstein ge stellt. Die Deutsche Volkspartei hat auf ihre Kandidatenliste als ersten das jetzige Mitglied der Nationalversammlung und früheren Reichsstaatssekretär Dr. Heinze gestellt. Im Kreis Ostholstein ist für die Reichstagswahl mit 6-7 Stimmen zu rechnen. Eigene Listen werden aufstellen die Deutschnationaldemokratische Partei, die mehrheitssozialistische Partei, die Unabhängigen, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei. Das Zentrum wird möglicherweise mit zwei Listen auf dem Blatt erscheinen, da die Wahlen eine eigene Liste aufzulegen beschließen. Ob auch die kommunistische Partei eine Liste aufstellen wird, ist noch nicht entschieden.

Aus Heimat und Vaterland

Frankenberg, den 28. April 1920.

Zur Eingemeindungsfrage

Die Verschmelzung von Gemeinden kann erzwungen werden. Die Eingemeindung oder Verschmelzung von Gemeinden ist in letzter Zeit vielfach in Sachsen angestrebt worden, um die örtlichen Kosten besser verteilen zu können. Räumlich die Vororte der Großstädte haben am leichtesten Eingemeindungswünsche geäußert. Auch die Vororte Dresden, als Nieder- und Obergorbitz, Leutewitz, Coswig, Briesnitz, Rennitz, Laubegast, Dobritz, haben um Eingliederung nach Dresden gebeten. Es sind das ordentlichen Orte, deren Einwohner zum Teil zu den Minderbemittelten gehören. Dagegen halten die Vororte Blasewitz, Loschwitz, Weißen Hirsch, die von der Stadt Dresden aufgefordert worden waren, mit größter Entschiedenheit die Aufgabe ihrer Selbstständigkeit abgelehnt. Es sind das Vororte mit leiser wohlbabenden Einwohnern, die alle den wenigsten finanziellen Vororten finanziell das Gleichgewicht bieten sollten. Wie jetzt das Ministerium des Innern der Stadt Dresden mitgeteilt hat, ist nach § 7 der Landgemeindeordnung der Regierung die Möglichkeit gegeben, eine solche Eingemeindung widerstrebender Gemeinden durch Verordnung zwangsweise zu veranlassen. Diese Tatsache ist wichtig für alle Orte Sachsen, die eine Verschmelzung mit armen Gemeinden eingehen sollen, während reiche Gemeinden dagegen protestieren. Demnächst wird die Stadt Dresden zunächst neue Verhandlungen mit Blasewitz, Loschwitz und Weißen Hirsch aufnehmen, um diesen Orten Gelegenheit zu geben, in südlicher Richtung gewisse Vororte zu sich zu rufen, anderthalb aber, bei neuer Begehrung, beim Ministerium den Erlass einer Eingliederungsverordnung beantragen.

Personenzugverkehr am 1. Mai und an Sonn- und Feiertagen. Für die Zeit bis zum Inkrafttreten des neuen Sommerabfahrplanes am 1. Juni wird der Zugverkehr wie folgt geregelt:

- am Sonnabend, den 1. Mai wird nur der bisherige beschränkte Sonnabfahrplan durchgeführt.
- am den Sonntagen, den 2., 9., 16., 23. und 30. Mai tritt ein erweiterter Sonnabfahrplan in Kraft. Auskünfte über die verkehrenden Züge ertheilen von Freitag ab die Stationen.
- am Samstagabend, den 13. Mai und am Sonntagmorgen, den 24. Mai wird – wie bisher an den Feiertagen – mit dem der Woche üblich – der Zugverkehr im allgemeinen wie an Werktagen durchgeführt. Es sollen nur die für den Berufs- und Arbeiterverkehr entbehrlichen Züge aus.

Die Zahlung der Militärsicherungsgebühren für den Monat Mai findet beim hiesigen Bahnhof Donnerstag, den 29. April statt und zwar in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags an der besondern Zahlstelle, von 1 bis 3 Uhr nachmittags am Postschalter II. Es wird daran erinnert, daß die Rummernarten mitzubringen und unaufgefordert mit den Quittungen vorzulegen sind.

Die Paradeschiffahrtsfahrt M. Steiner & Sohn H.-G. in Frankenberg-Gunneroda zahlte heute an ihre Arbeiterschaft aus den Erträgen des Vorjahrs 125 000 Mark als Wirtschaftshilfeschecks aus und riefte den Arbeiter- und Beamtenunterstützungsfonds um je weitere 50 000 Mark. Auch den Beamten beden ebenfalls Juwelen in Aussicht.

Verkehrsversprechen nach Rotterdam und Amsterdam. Wie der Handelskammer mitgeteilt wird, sind Verkehrsversprechen nach Rotterdam und Amsterdam von der holländischen Eisenbahnverwaltung angeordnet worden. Neben den Zeitpunkten, wann die Speisen aufgehoben werden, ist näheres bisher nicht bekannt geworden. In neuerer Zeit ist jedoch eine Erleichterung insoweit eingetreten, als El- und Frachtzulassungen zur Belieferung angenommen werden dürfen, wenn der Wagen der Abnehmer den Güterzettel des Empfängers besitzt, doch dieser ist verpflichtet, das Gut sofort nach der Ankunft abzuholen.

Unterdrückung nach Seltengewahren. Wie die Leipziger Handelskammer mitteilt, sind der Sächsischen Wirtschaftsbehörde oder die Stände der Markthallen eine Befreiung der Wettbewerbsordnung sowie der Preisabschaffung von Fleischwaren aller Art. Besonders ins Auge springt der ausfällige Preisübergang in diesen Waren. Schweinefleisch, das noch vor zwei Wochen mit 34. ja in manchen Delikatesseläden bis zu 38 Mark für das Pfund zum Verkauf stand, ist jetzt fast durchgängig mit 28, mancherorts sogar schon zu 26 Mark. Speck sogar zu 24 Mark zu haben. Beste Süßrahmnapfgarne kostete vor 14 Tagen im freien Handel 32 Mark, heute ist sie auf 24 bis 26 Mark gefallen. In ganzen Wagenladungen wird heute Rinderfleisch auf den Markt geworfen, von dem das Pfund sich durchschnittlich jetzt ebenfalls schon auf etwa 25 Mark stellt, also einen Rückgang von mindestens $\frac{1}{4}$ gegenüber den Vorwochen aufweist. Den Grund hierfür findet das Blatt in der allgemeinen Kaufunlust, bedingt durch Kaufunsicherheit. – Die Kaufunsicherheit macht sich seit langem schon auch in den Kleinstädten bemerkbar.

Sachverständige keine Vereinfachung der Reichstagsbeschreibung. Der Gesamtvorstand des Deutschen Sprachvereins erklärte in einer Erklärung, daß es die gegenwärtige Zeit nicht für geeignet halte, die Vereinfachung der deutschen Reichstagsbeschreibung durchzuführen. **Oberleichtenau.** Bei dem hiesigen Bahnhof treten folgende Veränderungen ein: Die Bahnhofsvorsteher Drechsler und Ebold wurden zu Oberbahnhofsvorsteher, Eisenbahnaufseher v. Hellendorf zum Bahnhofsvorsteher, Eisenbahnaufseher Gräumann zum Eisenbahnaufseher und Bahnmutter Scheune zum Bahnmutter. 1. Klasse befördert.

Chemnitz. Die Stadt Chemnitz beschließt, eine neue Tafelreihe zu errichten, die das Seidenatelier und das Hafelbachtal abschließen wird und nicht weniger als 18 Millionen Kubikmeter Holz kosten soll. Die Sperrmauer, die oberhalb Reitland bei der Delmabüle errichtet werden soll, wird eine Höhe von 40 Metern bei einer oberen Mauerfläche von 5 Metern. Nach den aufgestellten Berechnungen, Missagen usw. wird sie den Bedarf bis etwa zum Jahre 1950, in dem Chemnitz nach Annahme 600 000 Einwohner haben wird, decken.

Dresden. Eine unangenehme Erfahrung machte hier ein Rollstuhler. Auf der Fahrt vom Altmarkt bis zu seiner in der Neustadt gelegenen Firmen stand ihm vom Wagen herunter Webwaren im Wert von gegen 20000 Mark abhanden gekommen. **Leipzig.** Der Hauptbahnhof ist definitiv das Dorodunklische Exponat, die auf Steinen und Raubau ausgehen. Jetzt sind sie sogar so breit geworden, daß sie sich in Jäger bedienen, die zur Abfahrt bereit stehen, und daraus resultieren, die das Abteil auf kurze Zeit nochmals verlassen, um eine Zeitung usw. zu kaufen. Das Reisegepäck entwendet. – Um Donnerstag wurden aus der Betriebsabfahrt des Sächsischen Bahnhofs 88 300 Mark in Papiergeld abgeholt. Der meistens größte Teil des Geldes, 81 000 Mark, besteht aus Fünfmarkmünzen, der andere aus fünf- und Zweimarkmünzen.

Marienberg. In einer Versammlung der hiesigen sozialdemokratischen Ortsgruppe wurde der Wunsch geäußert, den kleinen sozialdemokratischen Ratsmitgliedern und Stadtverordneten ihr soziales Recht auszuweiten. Gleichzeitig wurden sie aufgefordert, der Ortsgruppe ihre Mandate zur Verfügung zu stellen. Daraufhin haben diese Ratsmitglieder ihre Wiederwahl abgelehnt.

Blauen. Am Samstag wird die Neuwahl des Rathausrates der Stadt Blaues statt. Es entfielen auf die Liste 1 (U. S. V.) 7179 Stimmen, Liste 2 (Soz. D.) 2629 Stimmen und Liste 3 (Romm. D.) 2761 Stimmen. Demnächst erhält die U. S. V. 12 Sitze, die Soz. D. 6 Sitze und die Romm. D. ebenfalls 6 Sitze.

Dippoldiswalde. Zur Belebung von Wohnungen soll nach einem Beschuß des Rates und der Stadtverordneten die alten Räume Ratsbierbrauerei am 1. Mai geschlossen werden. Die Räume werden zu Wohnungen umgebaut.

Wittenberg. Die Firma Ernst Weißner hier hat 10 000 Mark Belohnung für die Wiedererlangung ihres geliebten Lebens und für die Errettung der Tiere ausgedacht.

Deuben. Bei der Wahl des Arbeiterrates wurden insgesamt 1082 Stimmen, auf Liste 1 (Sozialdem.) 329 Stimmen. Es entfielen somit auf Liste 1 12 Sitze, auf Liste 2 5 Sitze.

Tagungen

Der Landesverband der Sächsischen Presse hielt am Sonntag unter Vorstand seines 1. Vorstandes Herren keine 10. ordentliche Hauptversammlung in Zwickau ab. Aus den Berichten ging der günstige Stand der verschiedensten Räten hervor. Nach den Angaben der Rechnungsführer wurden die Berichte richtiggestanden und die beiden Schriftsteller entlastet. Mit großem Interesse wurde der Bericht des Hauptrichters Jüdich, Vorstand des Bezirksvereins Döbeln über ein zuverlässiges Presseblatt in Döbeln eingegangen. Herausgehoben sei der Antrag auf völlige Sonntagsruhe, der einschlägig angenommen wurde. (Die Durchführung dieses Beschlusses wird zur Folge haben, daß in den Großstädten die Montags-Morgenblätter in Weimar kommen.) Die Wahlen hatten nachfolgendes Ergebnis: Der bisherige Vorstand, Rudolf Hertlein, wurde zum Ehrenvorsitzenden, Schriftsteller Georg Bergmann zum 1. Schriftsteller Dr. Margaretha Leipzig zum 2. und Dr. Mühlbauer-Dresden zum 3. Vorstand gewählt. Die beiden Schriftsteller wurden als Schriftsteller ernannt. Mit großem Interesse wurde der Bericht des Hauptrichters Jüdich, Vorstand des Bezirksvereins Döbeln über ein zuverlässiges Presseblatt in Döbeln eingegangen. Herausgehoben sei der Antrag auf völlige Sonntagsruhe, der einschlägig angenommen wurde. (Die Durchführung dieses Beschlusses wird zur Folge haben, daß in den Großstädten die Montags-Morgenblätter in Weimar kommen.) Die Wahlen hatten nachfolgendes Ergebnis: Der bisherige Vorstand, Rudolf Hertlein, wurde zum Ehrenvorsitzenden, Schriftsteller Georg Bergmann zum 1. Schriftsteller Dr. Margaretha Leipzig zum 2. und Dr. Mühlbauer-Dresden zum 3. Vorstand gewählt. Die beiden Schriftsteller wurden als Schriftsteller ernannt. Zu Besuch wurde der Bericht des Hauptrichters Jüdich, Vorstand des Bezirksvereins Döbeln über ein zuverlässiges Presseblatt in Döbeln eingegangen. Herausgehoben sei der Antrag auf völlige Sonntagsruhe, der einschlägig angenommen wurde. (Die Durchführung dieses Beschlusses wird zur Folge haben, daß in den Großstädten die Montags-Morgenblätter in Weimar kommen.) Die Wahlen hatten nachfolgendes Ergebnis: Der bisherige Vorstand, Rudolf Hertlein, wurde zum Ehrenvorsitzenden, Schriftsteller Georg Bergmann zum 1. Schriftsteller Dr. Margaretha Leipzig zum 2. und Dr. Mühlbauer-Dresden zum 3. Vorstand gewählt. Die beiden Schriftsteller wurden als Schriftsteller ernannt. Zu Besuch wurde der Bericht des Hauptrichters Jüdich, Vorstand des Bezirksvereins Döbeln über ein zuverlässiges Presseblatt in Döbeln eingegangen. Herausgehoben sei der Antrag auf völlige Sonntagsruhe, der einschlägig angenommen wurde. (Die Durchführung dieses Beschlusses wird zur Folge haben, daß in den Großstädten die Montags-Morgenblätter in Weimar kommen.) Die Wahlen hatten nachfolgendes Ergebnis: Der bisherige Vorstand, Rudolf Hertlein, wurde zum Ehrenvorsitzenden, Schriftsteller Georg Bergmann zum 1. Schriftsteller Dr. Margaretha Leipzig zum 2. und Dr. Mühlbauer-Dresden zum 3. Vorstand gewählt. Die beiden Schriftsteller wurden als Schriftsteller ernannt. Zu Besuch wurde der Bericht des Hauptrichters Jüdich, Vorstand des Bezirksvereins Döbeln über ein zuverlässiges Presseblatt in Döbeln eingegangen. Herausgehoben sei der Antrag auf völlige Sonntagsruhe, der einschlägig angenommen wurde. (Die Durchführung dieses Beschlusses wird zur Folge haben, daß in den Großstädten die Montags-Morgenblätter in Weimar kommen.) Die Wahlen hatten nachfolgendes Ergebnis: Der bisherige Vorstand, Rudolf Hertlein, wurde zum Ehrenvorsitzenden, Schriftsteller Georg Bergmann zum 1. Schriftsteller Dr. Margaretha Leipzig zum 2. und Dr. Mühlbauer-Dresden zum 3. Vorstand gewählt. Die beiden Schriftsteller wurden als Schriftsteller ernannt. Zu Besuch wurde der Bericht des Hauptrichters Jüdich, Vorstand des Bezirksvereins Döbeln über ein zuverlässiges Presseblatt in Döbeln eingegangen. Herausgehoben sei der Antrag auf völlige Sonntagsruhe, der einschlägig angenommen wurde. (Die Durchführung dieses Beschlusses wird zur Folge haben, daß in den Großstädten die Montags-Morgenblätter in Weimar kommen.) Die Wahlen hatten nachfolgendes Ergebnis: Der bisherige Vorstand, Rudolf Hertlein, wurde zum Ehrenvorsitzenden, Schriftsteller Georg Bergmann zum 1. Schriftsteller Dr. Margaretha Leipzig zum 2. und Dr. Mühlbauer-Dresden zum 3. Vorstand gewählt. Die beiden Schriftsteller wurden als Schriftsteller ernannt. Zu Besuch wurde der Bericht des Hauptrichters Jüdich, Vorstand des Bezirksvereins Döbeln über ein zuverlässiges Presseblatt in Döbeln eingegangen. Herausgehoben sei der Antrag auf völlige Sonntagsruhe, der einschlägig angenommen wurde. (Die Durchführung dieses Beschlusses wird zur Folge haben, daß in den Großstädten die Montags-Morgenblätter in Weimar kommen.) Die Wahlen hatten nachfolgendes Ergebnis: Der bisherige Vorstand, Rudolf Hertlein, wurde zum Ehrenvorsitzenden, Schriftsteller Georg Bergmann zum 1. Schriftsteller Dr. Margaretha Leipzig zum 2. und Dr. Mühlbauer-Dresden zum 3. Vorstand gewählt. Die beiden Schriftsteller wurden als Schriftsteller ernannt. Zu Besuch wurde der Bericht des Hauptrichters Jüdich, Vorstand des Bezirksvereins Döbeln über ein zuverlässiges Presseblatt in Döbeln eingegangen. Herausgehoben sei der Antrag auf völlige Sonntagsruhe, der einschlägig angenommen wurde. (Die Durchführung dieses Beschlusses wird zur Folge haben, daß in den Großstädten die Montags-Morgenblätter in Weimar kommen.) Die Wahlen hatten nachfolgendes Ergebnis: Der bisherige Vorstand, Rudolf Hertlein, wurde zum Ehrenvorsitzenden, Schriftsteller Georg Bergmann zum 1. Schriftsteller Dr. Margaretha Leipzig zum 2. und Dr. Mühlbauer-Dresden zum 3. Vorstand gewählt. Die beiden Schriftsteller wurden als Schriftsteller ernannt. Zu Besuch wurde der Bericht des Hauptrichters Jüdich, Vorstand des Bezirksvereins Döbeln über ein zuverlässiges Presseblatt in Döbeln eingegangen. Herausgehoben sei der Antrag auf völlige Sonntagsruhe, der einschlägig angenommen wurde. (Die Durchführung dieses Beschlusses wird zur Folge haben, daß in den Großstädten die Montags-Morgenblätter in Weimar kommen.) Die Wahlen hatten nachfolgendes Ergebnis: Der bisherige Vorstand, Rudolf Hertlein, wurde zum Ehrenvorsitzenden, Schriftsteller Georg Bergmann zum 1. Schriftsteller Dr. Margaretha Leipzig zum 2. und Dr. Mühlbauer-Dresden zum 3. Vorstand gewählt. Die beiden Schriftsteller wurden als Schriftsteller ernannt. Zu Besuch wurde der Bericht des Hauptrichters Jüdich, Vorstand des Bezirksvereins Döbeln über ein zuverlässiges Presseblatt in Döbeln eingegangen. Herausgehoben sei der Antrag auf völlige Sonntagsruhe, der einschlägig angenommen wurde. (Die Durchführung dieses Beschlusses wird zur Folge haben, daß in den Großstädten die Montags-Morgenblätter in Weimar kommen.) Die Wahlen hatten nachfolgendes Ergebnis: Der bisherige Vorstand, Rudolf Hertlein, wurde zum Ehrenvorsitzenden, Schriftsteller Georg Bergmann zum 1. Schriftsteller Dr. Margaretha Leipzig zum 2. und Dr. Mühlbauer-Dresden zum 3. Vorstand gewählt. Die beiden Schriftsteller wurden als Schriftsteller ernannt. Zu Besuch wurde der Bericht des Hauptr

